

Energieeinsparquote und "Weiße Zertifikate für Deutschland?"

Energieeinsparquote und "Weiße Zertifikate" für Deutschland? WWF und KfW Bankengruppe veröffentlichen neue Studie: Öko-Institut und Fraunhofer ISI prüfen Vor- und Nachteile einer Einführung eines deutschen Energieeinsparquotensystems. Kann man durch die Einführung eines Einsparquotensystems die Energieeffizienz in Unternehmen und in Privathaushalten steigern? Dieser Fragestellung geht eine von WWF Deutschland und KfW Bankengruppe präsentierte Studie nach. Sie analysiert die Funktionsweise bestehender Energieeinsparquotensysteme in Frankreich, Italien, Dänemark und Großbritannien. Für Deutschland stellt sie dar, welche Vor- und Nachteile solche Systeme gegenüber zum Beispiel haushaltsbasierten Förderprogrammen haben könnten und welche Voraussetzungen für eine effiziente Erreichung der gesteckten Einsparziele erfüllt sein müssen. Abschließend entwirft die Studie einen Vorschlag zur Ausgestaltung eines eventuellen deutschen Energieeinsparquotensystems und für seine Einpassung in den bestehenden Rechtsrahmen. Dem Vorschlag der Studienautoren - Öko-Institut e.V. und Fraunhofer ISI - folgend würde den Energieversorgern vorgegeben, in einer bestimmten Periode eine festgelegte Menge an Energie (z. B. Strom, Gas, Heizöl) einzusparen. Diese Einsparungen können die verpflichteten Unternehmen im eigenen Wirkungskreis, bei den eigenen Kunden, erzielen oder bei den Kunden anderer Versorgungsunternehmen, etwa durch die Schaffung von Anreizen zum Kauf hocheffizienter Elektrogeräte oder Heiztechnik, Austausch alter Fenster oder für standardisierbare Maßnahmen in Gewerbe- und Industriebetrieben. Der entwickelte Vorschlag sieht zudem eine zusätzliche Handelskomponente vor. Erzielte Energieeinsparungen könnten mittels sogenannter "Weiße Zertifikate" gehandelt werden. Für durchgeführte Energieeinsparungen bekäme der Akteur entsprechende Zertifikate, die er entweder für das Erreichen seiner eigenen Verpflichtung verwenden oder an andere verpflichtete Marktakteure verkaufen könnte. Die Generierung und der Handel mit "Weißen Zertifikaten" sollen hierbei nicht nur den der Energieeinsparquote unterliegenden Energieversorgern vorbehalten bleiben. Auch Dritte, beispielsweise Handwerksbetriebe oder Energieeffizienz-Dienstleister sollen daran teilnehmen können. Den verpflichteten Energieversorgern stünde es somit frei, die nachzuweisenden Energieeinsparungen selbst umzusetzen oder durch den Zukauf von "Weißen Zertifikaten" zu erbringen. Grundvoraussetzung für die Effizienz von Energieeinsparquoten ist ein intensiver Wettbewerb zwischen den verpflichteten Unternehmen, denn nur dann haben diese einen Anreiz, die kostengünstigsten Einsparpotenziale zu identifizieren. Die Transaktionskosten dürfen die verpflichteten Unternehmen und ihre Endkunden einerseits sowie die staatlichen Kontrollinstanzen andererseits nicht übermäßig belasten, was bei der Auswahl der anrechenbaren Einsparmaßnahmen und des Grades der Umsetzungskontrolle berücksichtigt werden muss. Darüber hinaus muss die Finanzierung der durchgeführten Einsparmaßnahmen sichergestellt werden. Ein Einsparverpflichtungssystem kann zudem unerwünschte Verteilungswirkungen zur Folge haben. Deshalb werden im Gutachten die unterschiedlichen verteilungspolitischen Wirkungen von Energieeinsparquoten im Vergleich zu haushaltsfinanzierten Anreiz-Instrumenten beschrieben. Die Ausgestaltung eines solchen Systems muss sich schließlich auch an seinem Beitrag zum Erreichen der gesteckten Energieeffizienzziele messen lassen. Die drastische Steigerung der Energieeffizienz ist einer der zentralen Eckpfeiler der deutschen Energiewende. Die bisherige Fortschritte sind - gemessen an den hohen Energieeinsparpotenzialen in Deutschland - bislang gering. Auch im europäischen Ausland sind die Resultate mager. Daher sind weitere Anstrengungen erforderlich. Am 13. Juni einigten sich der Europäische Rat, das EU-Parlament und die Kommission auf den Entwurf einer neuen Energieeffizienz-Richtlinie. Kernstück des Richtlinienentwurfs ist die Einführung eines sogenannten Effizienzverpflichtungssystems in allen Mitgliedstaaten, das Energieversorger und -händler verpflichtet, ihren Energieabsatz an Endkunden jährlich um 1,5 Prozent zu reduzieren. In anderen EU-Mitgliedstaaten wurden solche Systeme bereits vor Jahren eingeführt. Die Mitgliedstaaten können auch durch von der Kommission zu genehmigende alternative Instrumente die geforderten Energieeinsparungen sicherstellen. Die von KfW Bankengruppe und WWF gemeinsam beauftragte Studie will bei der Entscheidungsfindung unterstützen, ob, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Ausgestaltung ein Einsparquotensystem ein Weg zur Energieeffizienzsteigerung in Deutschland sein kann. Die Studie sowie ergänzende Positionspapiere von WWF bzw. KfW stehen unter www.wwf.de/energieeinsparquote bzw. www.kfw.de/studien zum Download bereit. Weitere Informationen: Sylvia Ratzlaff, WWF Deutschland, Tel. 030/ 311 777 467, Email: sylvia.ratzlaff@wwf.de Dr. Charis Pöthig, KfW Bankengruppe, Tel.: 069/7431-4683, Email: charis.poethig@kfw.de Sylvia Ratzlaff Pressesprecherin Spokesperson WWF Deutschland Reinhardtstr. 14 10117 Berlin Tel.: +49 30 311 777 - 467 Mobil: 0151 188 54 846 Fax.: +49 30 311 777 - 622 <mailto:sylvia.ratzlaff@wwf.de> http://www.twitter.com/wwf_deutschland 

Pressekontakt

Weitere Informationen:

10117 Berlin

sylvia.ratzlaff@wwf.de

Firmenkontakt

WWF - World Wide Fund For Nature

10117 Berlin

sylvia.ratzlaff@wwf.de

Der World Wide Fund for Nature (WWF) ist eine der größten unabhängigen Naturschutzorganisationen der Welt und konzentriert seine Arbeit auf drei Großlebensräume: Meere & Küsten, Binnenland-Feuchtgebiete und Wälder. Er wurde 1961 (damals als World Wildlife Fund) in der Schweiz gegründet und verfügt über ein globales Netzwerk von 26 nationalen und fünf assoziierten Organisationen sowie 22 Programmbüros. Weltweit unterstützen ihn rund fünf Millionen Förderer. Der WWF handelt im Auftrag der Natur nach dem Prinzip Naturschutz für und mit Menschen. Die Umweltstiftung WWF Deutschland wurde 1963 als gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Stiftung gegründet. Naturschutz war damals für viele noch ein Fremdwort. Heute ist die Umweltstiftung mit 284.000 Förderern (Stand 2004) eine der größten privaten Non-Profit-Organisationen des Landes. Die meisten Projekte des WWF Deutschland - seit 1963 waren es über 2.100 - sind erfolgreich verlaufen. Im Jahr 2004 war der WWF Deutschland in 48 internationalen und 30 nationalen Naturschutzprojekten aktiv - von der Bewahrung der Tropenwälder in Indonesien und Zentralafrika über den Schutz der mittleren Elbe bis zur

politischen Lobbyarbeit in Berlin und Brüssel. 19,3 Millionen Euro flossen 2004 in die Naturschutzarbeit.